

Aktienspekulanten und ökonomische Geisterfahrer entscheiden über unsere Zukunft

Die vergangenen Wochen haben einmal mehr gezeigt, dass das System der Marktwirtschaft, in der die Gewinnmaximierung und die Aktienkurse über die Zukunft der Menschen entscheiden, immer öfter versagt. Es scheint, als ob längst nicht mehr die Politik über unsere Zukunft entscheidet, sondern zunehmend Aktienspekulanten und ökonomische Geisterfahrer in Führungspositionen. Der Politik bleibt oft nur noch die Rolle des Schadensbegrenzers mit Hilfe von Steuermitteln und einem Griff in die Sozialkassen.

Dabei sollten wir nicht glauben, dass die Bundesrepublik Deutschland in einer globalisierten Wirtschaft dauerhaft von den Entwicklungen in Amerika verschont bleibt. Das Gegenteil haben nicht nur die letzten Wochen gezeigt. Generell ist ein Nacheifern des US-Systems auch in Deutschland zu beobachten. Selbst Heiner Geißler, der nicht gerade meiner Wunschpartei angehört, warnt seit Jahren vor einem sich verschärfenden Neoliberalismus. Was passiert aber in Deutschland? Anstatt die wachsende Bedrohung unseres Wirtschaftssystems zu erkennen, wird die Situation immer wieder schön geredet. Uns betrifft das ja nicht, wir sind ja die Besten, uns kann das nicht passieren, ist da immer wieder zu hören.

Selbst die Sozialdemokraten haben ihre ursprünglichen Ziele aus den Augen verloren und hofieren mehr und mehr dem Neoliberalismus. Sie denken, es bliebe ihnen nichts anderes übrig, wenn immer mehr die Gewinnmaximierung und Aktienkurse entscheiden und nicht mehr die Politik. Nur so lässt sich ihre Zustimmung zu einem weiteren Sozialabbau erklären. Aufgabe der Politik muss es jedoch sein, nach geeigneten Alternativen zu suchen.

Was uns fehlt, ist ein offener Dialog über eine tragfähige, zukunftsfähige und menschliche Gesellschaftsform. Gerade die gegenwärtigen Probleme zeigen einmal mehr, dass wir eben noch nicht auf dem richtigen Weg sind. Mit dem gescheiterten undemokratischen Sozialismus war man auch auf dem Holzweg. Insbesondere die ökonomischen Missstände verschärften zunehmend die politische Lage und ließen die Sozialpolitik unfinanzierbar werden. Mir hat in der DDR früher immer eine Art Ökonomischer Sozialismus vorgeschwebt, in der Demokratie kein leeres Wort ist. Vielleicht könnte man daran anknüpfen. Dabei müssen die Faktoren Ökonomie, Ökologie und Soziales von der Politik stets in einem Gleichgewicht gehalten werden. Mir gefällt sehr, dass einige Gewerkschaften diesen Prozess ähnlich sehen. Kein Wunder, dann sie haben ein echtes Interesse an einer menschenwürdigen Gesellschaft. Und nicht nur in der Wirtschaft. Es wäre wünschenswert, wenn sich die Politiker davon eine Scheibe abschneiden würden.

Andreas Koch, Recklinghausen